

Noch in dieser Ausgabe:

Solidarität mit dem LinksTreff	S. 3	Schluss mit den Geheimverträgen	S. 8
Ist die Kaaba ein dummer Stein?	S. 4	Kinderarmut in unserem Bezirk	S. 9
Dagmar Hänisch abgewatscht	S. 6	Frauenrechte	S. 10
Wenn sich Konservative ekeln	S. 7	Neuer Herausgeber der uff'n wedding	S. 12

# uff'n wedding

*Kiezzeitung vom LinksTreff*

## Die Macht der 68er

# Zerstörer der Deutschen Leitkultur

*von werner schulzen*

Wie gewaltig und nachhaltig unsere 68er-Proteste wirklich waren, weiß ich erst jetzt. Nachdem der Brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) im Tagesspiegel vom 9. März sein Weisheitsfüllhorn über uns ausgeschüttet hat. Der Erfinder der „Deutschen Leitkultur“ begann seine Karriere 1957 im zarten Alter von nicht einmal 20 Jahren bei der Bundeswehr, der anerkannt weitsichtigsten politischen Bildungsstätte der Republik.

Unter dem Titel „1968 – Selbstbetrug einer Generation“ mit dem Untertitel „Geistig-moralische Ödnis, Multi-Kulti-Träumereien, Mittelmaß: Das Erbe jener Jahre ist der Erosionsprozess unserer Gesellschaft“ zeigt uns der Neu-Brandenburger unsere phänomenale Leistung auf, noch vierzig Jahre später die Gesellschaft zu dominieren.

Waren wir damals so naiv, zu glauben, uns ginge es in erster Linie um Widerstand gegen Kapitalismus und Imperialismus, letzteres geprägt vom Vietnamkrieg, und um die Veränderung des vorherrschenden bürgerlich-spießigen Denkens, dem Nährboden für Herrschafts- und Machtstrukturen, so erfahren wir jetzt von Herrn Schönbohm, dass wir unter Anderem verantwortlich sind für zunehmende Jugendgewalt, intellektuelle Verwilderung, Verrohung



Jörg Schönbohm als Generalleitnant

Foto: MHM

der Sitten, Verlust von Anstand und Manieren, der aktuellen Bildungsmisere, intellektuellen Kahlschlag, Geistesarmut und Mittelmaß, Konformität und Uniformität des Denkens, Entfesselung eines zerstörenden Nihilismus, wahllose und unkontrollierte Zuwanderung, steigende Scheidungsraten und selbst für so verwerfliche Familienstrukturen wie alleinerziehend, unverheiratet und sogar gleichgeschlechtlich. Pfui Deibel!

Wir haben die Ehe zu einer auf Zeit angelegten Zweckgemeinschaft der Lust- und Gewinnoptimierung gemacht.



Hatten wir damals geglaubt, die 68er Bewegung sei international und in erster Linie von Frankreich und den USA inspiriert, so erfahren wir jetzt, dass sie eine rein deutsche Erfindung war und wir nicht nur mit der Abschaffung von Regeln und Normen den Versuch der Zerstörung der gesellschaftlichen Ordnung unternahmen, sondern aus verwerflichster Motivlage, nämlich der Idee eines Weltbürgertums, nur wegen der Verbrechen des Nationalsozialismus, so wertvolle gesellschaftliche Inhalte wie Patriotismus und Va-

terlandsliebe aufs Schwerste beschädigt und erfolgreich die Sprachgewohnheiten zwangsweise verändert haben und durch die Verordnung einer politisch korrekten Sprache nach der Kontrolle der Gedanken greifen. Wir haben George Orwells fiktive Begriffe „Neusprech“ und „Gutdenk“ bittere Realität werden lassen.

Wir sind verantwortlich für heute vorherrschende Egozentrik, gleichmacherische Gesamtschulromantik, den Verlust von unendlich viel Kulturwissen, Verzicht auf Leistung, Melken des Staates, schrankenlosen Libertinismus, Missachtung von Autoritäten und

Konventionen und haben das schlimmste aller Übel in die Welt gesetzt: Den Wunsch nach Selbstverwirklichung! Nein, ich muss mich korrigieren, nach Schönbohm ist dies erst das Zweitschlimmste. Noch schlimmer ist, dass wir gefordert haben, dass

unsere Kinder zu freien Menschen heranwachsen sollten.

Unser „Feldzug für die Freiheit“ ließ intellektuelle Einseitigkeit und eine geistig-moralische Ödnis zurück, in der lediglich ideologische Verbohrtheit aufblüht. Wir haben ganze Arbeit geleistet: Kaum eine bewährte Ordnung ist unserem Zugriff entgangen.

Nicht etwa der vorherrschende Neoliberalismus, der durch Werbung hervorgerufene Jugendwahn, durch Konzerne geförderter

Konsumzwang, ein Arbeitsmarkt, in dem kein Platz mehr für über 40-jährige ist, Kürzung der Renten und CDU-Forderungen nach künstlichen Hüftgelenken nur noch bis 70, nein, unsere Ho Tschimin-Rufe haben dafür gesorgt, dass Alte und Gebrechliche aus unserem Lebensalltag verbannt und abgeschoben werden.

Wir haben mit Multi-Kulti-Träumereien wie dem Lob der Lebensfreude der Karibikstaaten, der Spiritualität Indiens, der Offenheit Südamerikas oder dem Geheimnisvollen der Arabischen Welt die Gemeinsamkeiten unserer Gesellschaft beschädigt, gegen Ideologien protestiert, uns Toleranz auf die Fahnen geschrieben, uns gegen die Religion gewandt und Vielfalt gepredigt. Wir haben nicht entwertet, sondern aufgewertet, so dass es heute nichts mehr gibt, was nicht schützenswert wäre. Wir haben die Diktatur des Relativismus an die Stelle eines festen Wertekanons treten

lassen und letztlich den Boden für einen immer noch andauernden Erosionsprozess unserer Gesellschaft bereitet.

Wow! Wenn das Rudi Dutschke noch hätte lesen können!



## Aus anderen Bezirken

Ein Bericht vom Sozialpolitischen Arbeitskreis aus Charlottenburg zur Bezirksmitgliederversammlung am 13. Februar 2008

## Solidarität mit dem Wedding Linkstreff

Der stellvertretende Vorsitzende der BO Wedding, Werner Schulten, informierte über die aktuelle Situation des Linkstreffs, dessen Räume vom Landesvorstand, ohne die Mitglieder darüber zu informieren, im Dezember 2007 gekündigt worden waren, und berichtete von der seit Bekanntwerden dieses Vorgangs wachsenden Solidaritätsbewegung. Die vom SAK eingebrachte Resolution wurde nach kontroverser Diskussion mit 11 Ja- bei 9 Neinstimmen und 6 Enthaltungen verabschiedet:

*„Die Mitglieder der LINKEN, Charlottenburg-Wilmersdorf appellieren an den Berliner Landesvorstand der LINKEN, die Kündigung des Mietvertrages der Räume des Linkstreffs in der Prinz-Eugen-Straße 11 sofort und unverzüglich zurückzunehmen oder, falls dies nicht mehr möglich ist, bis zum 1. April 2008 für adäquaten Ersatz zu sorgen. Die Mitglieder der LINKEN, Charlottenburg-Wilmersdorf verstehen nicht, warum eine für die Genossinnen und Genossen der BO Wedding wichtige Entscheidung faktisch über die Köpfe der Betroffenen hinweg getroffen wurde. Sie sind der Auffassung, dass durch die verantwortlichen Gremien der Partei künftig ein anderes Vorgehen garantiert werden muss.“*

## Kunstaussstellung gefährdet in Moabit den öffentlichen Frieden

# Ist die Kaaba ein „dummer Stein“?

Mancher glaubt, in Deutschland dürfe man alles sagen, was man denkt. Das sei die Freiheit. Schließlich heißt es in Artikel 5 des Grundgesetzes: „Eine Zensur findet nicht statt.“ Doch im zweiten Absatz folgt eine Einschränkung: „Diese Rechte finden ihre Einschränkung in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze...“ Zum Beispiel ist es laut Strafgesetzbuch verboten, den Bundespräsidenten zu verunglimpfen oder den Staat und seine Symbole (§ 90 und § 90a). Beleidigungen (§ 185) oder positive Worte über „Terroristen“ (§ 129a) sind natürlich auch verboten.

Keine große Rolle spielte eine Zeit lang das

Verbot der „Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen“ (§ 166). Denn dort heißt es, die Religionsbeschimpfung müsse geeignet sein, „den öffentlichen Frieden zu stören“. Dann werde sie mit bis zu drei Jahren Gefängnis oder Geldstrafe geahndet.

Der Paragraph wurde Anfang des 20. Jahrhunderts formuliert, zum Schutz der christlichen Kirchen. Zumindest in Berlin ist es heute kaum mehr möglich, mit einem Angriff auf das Christentum den öffentlichen Frieden zu stören. Aber es ist in Deutschland noch keine 20 Jahre her, da sahen die bayerischen Richter immer wieder den öffentlichen Frieden beeinträchtigt, wenn etwa in einer Faschingszeitung der Priester als „örtlicher Sektenprediger“ bezeichnet wurde, oder Jugendliche eine Karikatur druckten, die das Kreuzifix als Mausefalle darstellten. Da reichte dann die Empörung einiger Kirchenräte als Indiz für die Störung des öffentlichen Friedens.

Nun ist auch in unserer Berliner Nachbarschaft, in Moabit, der öffentliche Friede gefährdet. Die Galerie Nord des Kunstvereins Tiergarten – eng verwoben mit dem Bezirksamt Mitte – hat dänische Künstler eine Plakatserie zeigen lassen, die muslimische Jugendliche sogar zur Androhung von Gewalt trieb. Ein Bild zeigt die Kaaba, ein zentrales Heiligtum der Moslems in Mekka, mit der Überschrift: „Dummer Stein“. Von der Bedeutung im religiösen Gebäude entspricht das etwa einer Rede von der „Idiotie des Abendmahls“. Menschen von etwas altmodischer Frömmigkeit bringt so etwas auf die Palme. Und dementsprechend beschränkt sich die Empörung bei den Muslimen in Moabit nicht auf ein paar jugendliche Rabauken.



Die Galerie wurde denn auch einige Tage geschlossen, aber bald wieder geöffnet, nachdem dies die Landes-CDU und auch Bezirksbürgermeister Christian Hanke (SPD) gefordert hatte. In den Leserbriefspalten des Tagesspiegel gab es gar islamfeindliche Töne: Wenn denen unsere Freiheit nicht passt, sollen sie doch wieder in den Orient gehen.

Doch so einfach ist es nicht. Man kann die Gesetze nicht beliebig beugen.

Schon in der Vergangenheit wurde der § 166 einseitig zugunsten des Christentums ausgelegt. In einer multireligiösen Stadt wie Berlin können wir uns das eigentlich nicht leisten. Wer also solche Schmähkritik gegenüber dem Islam zulassen will, der muss konsequenterweise für die vollkommene Streichung des Paragraphen eintreten. Das möchte man bei der CDU sehen, die ständig von der katholischen Kirche bedrängt wird, den § 166 zu verschärfen. Sie nutzt hier nur die Gelegenheit, sich indirekt fremdenfeindlich zu profilieren.

Auch unabhängig von der Juristerei kann man den Künstlern und dem Kurator in Moabit kein glückliches Händchen bescheinigen. Warum nehmen sie ausgerechnet die Kaaba ins Visier? Was ist da der aufklärerische Wert? Läge es nicht beispielsweise näher, über die Jungfrauen zu spotten, die den Märtyrer angeblich im Paradies erwarten? Es gibt manche Merkwürdigkeiten am praktizierten und auch am theoretischen Islam, die man aufspießen könnte. Aber die Pilgerfahrt nach Mekka ist doch wirklich kein Problem.



Außerdem fragt sich, warum man so eine Ausstellung ausgerechnet in einem Stadtteil aufbaut, der fast zur Hälfte von größtenteils moslemischen Migranten bewohnt wird. Sollte eine praktisch kommunale Galerie an diesem Standort nicht versuchen, die Anwohner in die eigenen Räume zu locken statt sie gegen sich aufzubringen?

Die Künstler in der Galerie Nord machen sich nicht nur über den Islam lustig. Auch andere Religionen sind im Visier - leider kaum geistreicher. So zeigen sie einen fundamentalistischen Juden in der bekannten Tracht mit Hut. Darüber steht: „Dummer Hut“. Das ist zwar theologisch betrachtet nicht so schwerwiegend. Die Kaaba ist praktisch ein Sakrileg, der Hut nur eine symbolträchtige Konvention. Aber das hat mich zu einem Gedanken verleitet, der zumindest die moderneren Moslems besänftigen könnte: Hängen wir doch daneben ein Portrait des Künstlers mit der Überschrift „Dummer Künstler“.

thomas kilian  
DIE LINKE.BO 65/21

## Willy-Brandt-Schule bleibt wohl

# Stadträtin Dagmar Hänisch von BVV abgewatscht

An der Willy-Brandt-Gesamtschule im Gesundbrunnen war Anfang des Jahres beträchtliche Unruhe ausgebrochen. Denn der Schulnetzentwicklungs-Plan von Bildungsstadträtin Dagmar Hänisch (SPD) sah die Schließung des Standortes vor. Nach dem jüngsten Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) sieht es aber jetzt wieder viel besser für die für ihre pädagogischen Leistungen anerkannte Schule aus.



*Foto: berlin.de*

Man war sich in der BVV praktisch einig, dass Hänisch nach Alternativen für die Schließung der Willy-Brandt-Schule zu suchen habe. Meinungsverschiedenheiten gab es vor allem deswegen, weil der Antrag von CDU, FDP und Grünen nahelegt, dass überhaupt keine Schulen in benachteiligten Gebieten geschlossen werden sollen – und das heißt nach üblicher Lesart in ganz Wedding und Moabit.

Diese Vorgabe kann Hänisch natürlich nicht

schmecken, denn es ist klar: Die Schülerzahlen an den Oberschulen in Wedding und Moabit sinken. Da ist es naheliegend, Gebäude abzugeben, um Kosten zu sparen. Dennoch wurde der Antrag mit dieser Vorgabe beschlossen. DIE LINKE hatte vorher vergebens versucht vermittelnd einzugreifen und beantragt, das generelle Schließungstabu zu streichen. Damit dürfte die Willy-Brandt-Schule Bestand haben, wenn die BVV nicht ihre eigenen Beschlüsse konterkariert.

Zum Teil hat sich Hänisch diese Schlappe allerdings selbst zuzuschreiben. Ihre Begründung für die Schließung der Willy-Brandt-Schule argumentiert fast nur finanziell und sieht keine wirkliche Alternative vor. Die pädagogischen Leistungen der Willy-Brandt-Schule und ihr Engagement in den umliegenden Quartiersmanagementgebieten wird praktisch nicht gewürdigt. Da die Willy-Brandt-Schule ohnehin fast zu zwei Dritteln von Schülern mit Hauptschulempfehlung besucht wird, von denen sich dann mancher entgegen der Meinung seiner Grundschullehrer doch noch erfolgreicher entwickelt, hätte zumindest die Schließung einer Hauptschule als Alternative diskutiert werden können.

Außerdem war den Schülern und Lehrern ungeachtet der Letztentscheidungsbefugnis der BVV der Vorschlag zur Schulschließung als schlußendlicher Fakt vermittelt worden. Der Hochmut und die Fantasielosigkeit des Amtes hat nun dazu geführt, dass ein zu weit reichender und teurer Beschluss gefasst wurde, weil die bürgerlichen Fraktionen mehr von ihrer Verärgerung über Hänisch und ihr Amt als von der Vernunft geleitet waren.

*thomas kilian*

## Die CDU-Mitte stellt das Quartiersmanagement Soldiner Kiez in Frage

### Wenn sich Konservative ekeln...

Ja, ja, wohin gehen sie, die Millionen, fragt der Konservative oft besorgt. Da steckt man den Armen Geld in den Hintern und die unverschämten Lümmel bleiben einfach weiterhin arm. Statt Steuern zu hinterziehen, wie sich das für anständige Bürger gehört, brechen einige von ihnen in Wohnungen oder Läden ein oder betteln auf der Straße. Von einer anständigen bürgerlichen Kultur ist bei diesen Leuten einfach nichts zu spüren. So ekelt sich der Konservative.

Kein Wunder also, dass die CDU in der letzten Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ins selbe Horn stieß und den Bürgermeister Christian Hanke in einer großen Anfrage zur Rede stellte: Warum sei der Soldiner Kiez im östlichen Wedding beim jüngsten Ranking auf Platz 319 gelandet, von 319 Gebieten – wo doch Millionen durch das Quartiersmanagement (QM) dort versenkt würden.

Die Antwort des Bürgermeisters bleibt blass, aber von der Tendenz richtig: Gut Ding will Weile haben, die Arbeitslosigkeit bekommen wir mit dem QM nicht in den Griff und die Aussage des Ranking ist begrenzt, da nur wenige Aspekte der Lebenslage herangezogen wurden.

„uff'n wedding“ hat genauer nachgerechnet, wo die angeblichen Millionen bleiben. Demzufolge wird derzeit pro Monat und Einwohner durch das QM-Programm „Soziale Stadt“ gerade ein Euro ausgegeben. Das reicht dem Hartz-IV-Empfänger natürlich nicht so recht für eine bürgerliche Lebensweise.

Ein Blick aufs Ranking zeigt außerdem, dass

die Gebiete am Ende der Liste nahe beisammen liegen. Der Soldiner Kiez ist im Wedding nicht abgehängt sondern in Mitte ist fast der gesamte Wedding und Moabit ein Armutsgebiet. Ein Wohlstandsslum mit fließend Warmwasser, wo hinter teils repektablen Fas-



saden am Essen und am Zoobesuch für die Kinder gespart werden muss.

So können die angeblichen Millionenbeträge zwar das Elend erträglicher machen, – es gibt etwas Erziehung, etwas Beratung und auch etwas billige Kultur – aber sie können die Weddinger QM-Stadtteile selten deutlich aufwerten. Immerhin zeigen sich durch die Förderung in vielen QM-Gebieten Ansätze bürgerlichen Engagements, wie es in wohlhabenden Vierteln durch Spenden und Sponsoren finanziert wird. CDUler beteiligen sich daran allerdings selten, sondern ein buntes Völkchen aus Linken verschiedenster Spielart und Grünen. Da ist für Konservative nicht viel zu holen. Demzufolge bleibt nur:

Auf die Armen draufhauen und sich ekeln.

*thomas kilian*

# Die Verträge müssen trotzdem offengelegt werden!

Zur Senatsentscheidung vom 04. März, das Volksbegehren »Schluss mit den Geheimverträgen« der Initiative Berliner Wassertisch nicht zuzulassen, erklärt der Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE. Berlin, Klaus Lederer:

36.062 Berlinerinnen und Berliner haben sich im Rahmen des Volksbegehrens »Schluss mit den Geheimverträgen« für die Offenlegung der Verträge zwischen Berlin, RWE und Veolia über die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe BWB ausgesprochen. Das zeigt, dass die politische Diskussion um die gegenwärtige und zukünftige Verfasstheit der Berliner Wasserver- und Abwasserentsorgung kein Thema für einige Wenige ist, sondern viele Menschen in unserer Stadt interessiert und bewegt. Es ist all denjenigen zu danken, die in den vergangenen Monaten dafür gesorgt haben, dass die Teilprivatisierung von 1999 und ihre Folgen weit über »Fachkreise« hinaus zum städtischen Thema geworden sind.

Der Senat hat – durch die Teilprivatisierungsverträge der Großen Koalition gebunden – aus Rechtsgründen keine Möglichkeit gehabt, das Volksbegehren zuzulassen. Denn zu den vom schwarz-roten Senat im Jahr 1999 abgeschlossenen und vom Abgeordnetenhaus gebilligten Vereinbarungen gehört auch die Verpflichtung, über den Inhalt der Verträge und die Vertragsverhandlungen absolutes Stillschweigen zu bewahren. DIE LINKE hat seitherzeit die Verträge und die Vertraulichkeitsvereinbarung scharf kritisiert. Unsere Verfassungsklage dagegen blieb leider weitgehend erfolglos. Das Land Berlin ist nun als Vertragspartner auf diese Vereinbarung verpflichtet und kann sie nicht einseitig verletzen. Das trifft selbst dann zu, wenn von Seiten des Abgeordnetenhauses oder auf dem

Wege direkter Demokratie der Senat dazu aufgefordert oder ein entsprechendes Gesetz erlassen würde. Zivilrechtliche Normen sind Bundesrecht und stehen in diesem Fall über dem Landesverfassungsrecht – auch diejenigen Normen, die vertraglichen Vertrauensschutz garantieren und Vertragspartner aneinander binden. Wir sind hier mit den Folgen einer grandiosen Fehlentscheidung der Diepjen-Koalition konfrontiert.

Wer ein politisch sinnvolles und unterstützenswertes Anliegen vertritt, sollte nicht die Augen vor der Rechtslage verschließen. Wir haben die InitiatorInnen des Volksbegehrens von Anfang an darauf hingewiesen, dass bei der von ihnen präferierten Forderung das Risiko der Unzulässigkeit aus den genannten rechtlichen Gründen sehr hoch sei. Aus diesem Grund hat sich DIE LINKE auch nicht am Volksbegehren des Berliner Wassertisches beteiligt. Wir bedauern deshalb, dass unsere Bedenken leichtfertig beiseite geschoben wurden.

DIE LINKE. Berlin hat sich aber immer wieder positiv auf die Forderung nach Offenlegung der Verträge bezogen. Auch der Wirtschaftssenator hat gegenüber dem Abgeordnetenhaus erklärt, die Offenlegung der Verträge gegenüber den privaten Gesellschaftern politisch thematisieren und verhandeln zu wollen.

An unserer Haltung hat sich seitdem nichts geändert. Wir hielten und halten die Teilprivatisierung der BWB für politisch falsch und wollen weiterhin jede realisierbare Chance für ihre Rückgängigmachung nutzen. Die Investoren RWE und Veolia fordern wir auf, den Weg zur Offenlegung der Verträge frei zu machen.



## Blick aus dem Amt

# Kinderarmut in unserem Bezirk

In den ersten Wochen habe ich viele Menschen kennen gelernt, ihnen zugehört, mir Daten und Analysen erklären lassen. Über vieles, was ich dabei erfahren habe, ließe sich hier ausführlich berichten. Aber eines hat mich so berührt, dass ich hier darüber schreiben muss: Kinderarmut – die Armut von Kindern in unserem Stadtbezirk.

Die klaren Daten: 20.759 Kinder unter 14 Jahren leben von Hartz IV, das sind über 35 Prozent aller Kinder im Bezirk. 58 Prozent der Kinder an den Grundschulen sind von der Lernmittelzuzahlung befreit. Diese Daten sprechen eine beredte Sprache für die wirtschaftliche Lage von Kindern in unserem Stadtbezirk und in Berlin.

Das Forschungsinstitut für Kinderernährung (FKE) Dortmund hat in einer Studie nachgewiesen, dass Kinder und Jugendliche mit den Regelsätzen von Hartz IV nicht ausreichend und gesund ernährt werden können. Die Diskussion um die Erhöhung des Kindergeldes lässt aber außer Acht, dass das Kindergeld mit den Ansprüchen auf Zahlungen

von Hartz IV verrechnet wird. Für Familien, die von Hartz IV leben müssen, änderte sich durch eine Erhöhung des Kindergeldes in der Regel nichts. Viele, so auch ich, finden es skandalös, dass es in einem so reichen Land wie Deutschland Kinderarmut gibt. In vielen Studien wird gezeigt, dass die Armut von Kindern in Deutschland seit 1990 sogar noch gestiegen ist. Im Vergleich zu den anderen OECD-Staaten liegt Deutschland im letzten Drittel. Es ist doch geradezu irrsinnig, dass unsere jungen Menschen einem immer höheren Armutsrisiko unterliegen. Unsere Kin-

der und Jugendlichen sind die Zukunft unseres Landes, einem Land, in dem die Geburten weiter rückläufig sind.

Unsere Abgeordnetenhaus-Fraktion wird sich auf einer Klausurtagung Ende dieses Monats mit dem Thema Kinderarmut beschäftigen. Dabei muss es auch um die wichtige Forderung gehen, die Regelsätze von Hartz IV so anzupassen, dass nicht nur eine gesunde Ernährung von Kindern und Jugendlichen möglich ist, sondern die Kinder und Jugendlichen an Ausflügen und Fahrten, an Kursen und Sportvereinen teilnehmen können. Armut grenzt Kinder, Jugendliche und Familien aus. Armut beeinträchtigt die gesundheitliche Entwicklung und mindert die Chancen an gesellschaftlicher Teilhabe, an Bildung und Ausbildung.



Rainer-Maria Fritsch  
Bezirksstadtrat für Jugend und Finanzen

*Foto: Ulli Winkler*

# Frauenrechte müssen unabhängig von der Herkunft gelten

Anlässlich des Internationalen Frauentages erklärt die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus Evrim Baba:

Wenn wir am 8. März den Internationalen Frauentag feiern, dann fühlen wir uns mit allen Frauen in ihrem Kampf gegen Ausbeutung, Rassismus, Sexismus und für die Verbesserung ihrer Lebensgrundlagen verbunden. Weltweit haben Armut, Krankheit, Menschenhandel, Flucht und Vertreibung ein weibliches Gesicht. Frauen und Kinder sind Opfer der Kriege. Nach wie vor sind 80 Prozent aller Flüchtlinge auf der Welt Frauen und Kinder. Ihr Anteil an den Flüchtlingen in Westeuropa beträgt jedoch nur etwa ein Drittel. Nach wie vor prekär ist die Situation langjährig geduldeter Frauen. Für Frauen mit mehreren Kindern, besonders für Alleinerziehende, ist es nahezu unmöglich, ein Einkommen zu erzielen. Sie werden zwangsläufig von Sozialleistungen abhängig gemacht. Gleiches gilt für alte, kranke, behinderte und schwer traumatisierte Frauen.

Das Recht auf eine eigenständige Existenzsicherung unabhängig von Partner, Partnerin oder Staat ist für Frauen auch in der Bundesrepublik in weite Ferne gerückt. Lohndiskriminierung, Altersarmut, Niedriglohn, Teilzeitarbeit und Mini-Jobs bestimmen den Alltag der meisten Frauen. Die Beschäftigungsquote wird durch prekäre Arbeitsplätze erhöht. Auch die Privatisierung der sozialen Risiken haben größtenteils die Frauen zu tragen. Und so braucht es nicht mehr eine offizielle »Zurück-an-den-Herd«-Politik. Dieses Ziel erreicht die Bundesregierung durch ihren neoliberalen Sparkurs.

Gleichberechtigung und Gleichheit sind finanzierbar. In Berlin stellen wir die zunehmenden prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse, insbesondere auch die von Migrantinnen in den Mittelpunkt. Die Einführung eines Mindestlohns ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Frauenarmut. Die Verankerung von Frauenförderung im Berliner Vergabegesetz sowie die allgemeine Quotierung von Wahllisten sind weitere Schritte in Richtung Gleichberechtigung, für die wir uns einsetzen. Dazu gehört auch, dass wir uns dafür einsetzen, dass die Frauenprojekte endlich auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden.

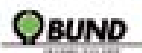
Die Fraktion DIE LINKE hat in Berlin von Anfang an Frauenförderung und Geschlechtergerechtigkeit mit Nachdruck verfolgt, beides ist Regierungsprogramm. Jetzt gilt es die Möglichkeiten auszuschöpfen und Grenzen aufzuzeigen. Das ist ein ständiges Ringen. An jedem Tag.



„Ick zahl doch nicht für'n VIP-Flughafen!“

**NEIN!**  
zum Flugbetrieb  
in Tempelhof

[www.tempelhof-flugfrei.de](http://www.tempelhof-flugfrei.de)



# LinksTreff Wedding e.V. neuer Herausgeber der uff'n wedding

Die uff'n wedding hat einen neuen Herausgeber. Wurde sie bisher von der Basisorganisation Wedding der Partei DIE LINKE herausgegeben, so zeichnet seit dieser Ausgabe der LinksTreff Wedding e.V. verantwortlich. Nicht, dass sich am Inhalt unseres Kiezblattes etwas ändern würde, schließlich sind die Autoren die Gleichen und selbstverständlich auch unsere Zielrichtung: Aufklärung über gesellschaftliche Vorgänge im Wedding, in Berlin, in Deutschland und in der Welt, sowie Sensibilisierung der Weddinger Bürgerinnen und Bürger für politische Vorgänge.

Diese Veränderung wurde notwendig, weil wir einsehen mussten, dass die Eigenfinanzierung durch Mitglieder der Weddinger LINKEN möglicherweise nicht mit dem Parteiengesetz vereinbar ist. Da traf es sich gut, dass unsere Partei das Geld für den LinksTreff sparen wollte, um verständlicherweise auch den Parteimitgliedern in Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf Räumlichkeiten anzubieten. So waren wir gezwungen, auch für den LinksTreff eine andere wirtschaftliche Basis zu schaffen, wollten wir unsere Angebote für die Bürger, wie Mieterberatung, Informationen zu Hartz IV, MigrantInnen-treff, Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe für Schülerinnen und

Schüler, auch in Zukunft anbieten. Ob es uns gelingt, auch künftig die Mieterberatung durch einen Rechtsanwalt im LinksTreff zu behalten, wissen wir noch nicht. Alle anderen Angebote werden ausschließlich durch ehrenamtliche Tätigkeit geleistet und natürlich auch nach dem 1. April, dem Zeitpunkt des Mieterwechsels, angeboten. Wir hoffen, dem Verein LinksTreff Wedding e.V. langfristig eine solide wirtschaftliche Basis geben zu können. Hierzu sind wir natürlich auf weitere Fördermitglieder oder Einzelspenden angewiesen. Fördermitgliedschaften sind möglich ab 5,00 Euro Monatsbeitrag, Mitgliedsanträge können angefordert werden beim LinksTreff Wedding e.V. – Prinz-Eugen-Str. 11 – 13347 Berlin, oder telefonisch unter 0171 – 75 92 964. Einzelspenden erbiten wir auf folgendes Konto: Kontoinhaber: LinksTreff Wedding e.V. Bank: Berliner Sparkasse BLZ: 100 500 00 Konto-Nr.: 6603087713

Ab jetzt können auch Anzeigen gegen eine Spende (ab 10 Euro für eine Viertel-Seite) an den Verein geschaltet werden. Uff'n wedding erscheint monatlich mit einer Auflage zwischen 3.000 und 4.000 Exemplaren.

*werner schulten*

*DIE LINKE BO Wedding*

**Impressum:** uff'n wedding wird im Eigendruck herausgegeben vom LinksTreff Wedding e.V. Namentlich gezeichnete Beiträge liegen ausschließlich in der Verantwortung der AutorInnen. V.i.S.d.P.: W. Rietdorf, co. LinksTreff Wedding e.V. Prinz-Eugen-Str. 11, 13347 Berlin, Tel. 465 07 109  
email: [uffnwedding@linkstreff.de](mailto:uffnwedding@linkstreff.de) web: [www.linkstreff.de](http://www.linkstreff.de)

## **Beratung und Information zu Wohnung/Miete sowie Hartz IV**

wir bemühen uns zur Zeit um einen Ersatz für  
RA Roesener

## **Fragen und Informationen zu Hartz IV** jeden Donnerstag von 17.00 bis 19.00 Uhr

Informationen zur  
Basisorganisation der LINKEN im Wedding  
Montag bis Freitag von 16.00 bis 19.00 Uhr